

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004609/2025**  
**an die Kommission**  
Artikel 144 der Geschäftsordnung  
**Harald Vilimsky (PfE), Georg Mayer (PfE)**

Betrifft: Digitale Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit der EU

Die Europäische Union verfolgt laut eigener Aussage ambitionierte Ziele im Bereich der Digitalisierung und der digitalen Souveränität. Gleichzeitig wird seit Jahren ein immer stärkerer Fokus auf Regulierung gelegt, während konkrete Maßnahmen zur Stärkung europäischer Wettbewerbsfähigkeit ausbleiben. Zahlreiche neue Rechtsakte, wie etwa das Gesetz über digitale Dienste und die Verordnung über künstliche Intelligenz, erzeugen steigende Bürokratielasten, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen massiv belasten. Während sich internationale Wettbewerber durch rasche Umsetzung und technologische Innovation behaupten, scheint die EU vor allem mit sich selbst beschäftigt zu sein.

1. Wie wird sichergestellt, dass digitale Regulierung nicht zum Selbstzweck verkommt und bestehende Regelungen auf tatsächliche Wirksamkeit und Umsetzbarkeit geprüft werden, etwa im Rahmen des angekündigten Omnibus-Vorschlags?
2. Wie bewertet die Kommission die Gefahr, dass durch die zunehmende Digitalisierung von Verwaltungsleistungen ältere oder digital nicht versierte Bürgerinnen und Bürger de facto vom Zugang zu staatlichen Leistungen ausgeschlossen werden und gibt es konkrete Vorgaben zur Aufrechterhaltung analoger Alternativen?
3. Warum liegt bis heute kein kohärenter europäischer Investitions- und Aktionsplan zur Erlangung digitaler Souveränität vor, obwohl er wiederholt als Priorität benannt wurde?

Eingang: 19.11.2025